

## **Kein Atomtransport nach Gorleben**

Beschlossen auf der Kreiskonferenz am 19.11.2005 in Löbau

Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen lehnt die an diesem Wochenende erwarteten/stattfindenden Transporte von Castorbehältern aus dem französischen La Hague nach Gorleben ab. Es handelt sich bereits um den neunten Transport von hochradioaktivem Atommüll aus Frankreich in das niedersächsische Zwischenlager.

Sichere Aufbewahrung und sicherer Transport von Atommüll haben für uns höchste Priorität. Aber auch die mehr als 15.000 Polizisten, die bei diesem Transport im Einsatz sein werden, können die Sicherheit des Transportes nicht gewährleisten.

So wird der 2.200 Tonnen schwere Transport viele Bahnbrücken überqueren. Es ist davon auszugehen, dass einige Brücken für dieses Gewicht nicht konstruiert wurden. Das Viadukt der Bahnstrecke Hannover-Hamburg über das Flüsschen Gerdau bei Uelzen weist beispielsweise bereits erhebliche Risse in der Brückenkonstruktion auf. Unfälle sind daher nicht auszuschließen.

Die unlösbaren Entsorgungsprobleme beim Atommüll können nicht dadurch umgangen werden, dass weitere Castoren im oberirdischen Zwischenlager in Gorleben eingelagert werden. Dort befinden sich bereits 56 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Müll. Gorleben eignet sich u. a. nicht als Endlager, weil das Deckgebirge über dem Salzstock nicht die Funktion einer Schutzbarriere erfüllt. Diesen Defekt hat das Bundesumweltministerium kürzlich in einem Brief an den Ausschuss Atomanlagen des Landkreises Lüchow Dannenberg bestätigt. Mit weiteren Transporten in die oberirdische Zwischenlagerhalle wird der Standort als endgültiges Atommülllager aber immer wahrscheinlicher gemacht.

Mit den Protesten gegen den Castortransport soll auch die Absage an die Pläne von CDU und Atomwirtschaft sein, die Laufzeiten der AKWs zu verlängern. Auch wenn zunächst im Koalitionsvertrag am von Rot-Grün geplanten Atomausstieg nicht gerüttelt werden konnte, bleibt die Zukunft des Atomausstiegs offen. Die Uneinigkeit zwischen den Koalitionären wurde umgangen, indem das umstrittene Thema einfach in die Zukunft vertagt wurde. Das macht es aber nicht einfacher. Wir fordern vor allem die SPD nachdrücklich auf bei weiteren Verhandlungen nicht vom Atomausstieg abzuweichen und auf keinen Fall hinter die unter Rot-Grün gemachten Ausstiegspläne zurück zu fallen.

Angesichts unlösbarer Entsorgungsprobleme und ständiger Unfallgefahren – auch durch den internationalen Terrorismus – muss auf die Atomkraft verzichtet werden. Stattdessen muss stärker auf die vorhandenen Alternativen – Erneuerbare Energien, Energiesparen und Energieeffizienz – gesetzt werden.

Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen unterstützt die friedlichen Proteste gegen den Transport nach Gorleben. Wir rufen unsere Kreisverbände und Mitglieder auf, sich aktiv am Protest zu beteiligen. Wir sind solidarisch mit den Menschen in und um Gorleben, die sich gegen die Transporte wehren.